

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004672/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Jan-Peter Warnke (NI)

Betrifft: Zerstörung und Beschlagnahmung von EU-Bauwerken in Gaza und Westjordanland

Nach Angaben der europäischen Presse soll der italienische Journalist Gabriele Nunziati seine Anstellung verloren haben, nachdem er die Frage aufgeworfen hatte, ob der Staat Israel für den Wiederaufbau des Gazastreifens aufkommen werde.

Ungeachtet dieses Vorfalls bleibt die zentrale Frage weiterhin relevant, ob Israel beabsichtigt, die Europäische Union für die Zerstörung und Beschlagnahmung von Bauwerken in Gaza und Westjordanland zu entschädigen, die aus EU-Mitteln finanziert wurden.

Berichten zufolge haben sowohl die israelische Armee als auch israelische Siedler bereits lange vor dem 7. Oktober 2023 EU-finanzierte Strukturen zerstört – und diese Praxis setzt sich offenbar bis heute fort.

1. Wie gedenkt die Kommission sicherzustellen, dass Israel für die Zerstörung und Beschlagnahmung von EU-finanzierten Bauwerken im Gazastreifen und im Westjordanland, insbesondere nach dem 7. Oktober 2023, zur Rechenschaft gezogen wird und der Europäischen Union eine angemessene Entschädigung leistet?
2. Wie hoch schätzt die Kommission die finanziellen Auswirkungen der Zerstörung von EU-finanzierten Strukturen in den betroffenen Gebieten?
3. Verfügt die Kommission über einen genauen Überblick über die Zahl der EU-finanzierten Gebäude, die bislang zerstört oder beschlagnahmt wurden, und kann sie diese Informationen gegebenenfalls quantifiziert zur Verfügung stellen?

Eingang: 24.11.2025